

Ein besonderes Problem für die Forschung stellt die sprachliche Vielfalt des östlichen Europas dar. Deshalb sollten möglichst bald von den zuständigen Forschern Quellentexte von zentraler Bedeutung in Übersetzungen (und Kommentaren) allgemein verfügbar gemacht werden.

Übereinstimmung herrscht weithin auch darin, daß eine sachorientierte Aufarbeitung der Kirchlichen Zeitgeschichte wesentliche Beiträge zu den gegenwärtigen Diskussionen über das Kirchenverständnis in den protestantischen Kirchen des östlichen Europas und zu den dort virulenten Fragen zu leisten vermag.

Die Konferenz in Schloß Sandbjerg war ein guter Anfang. Es wurde erkennbar, daß die gemeinsame Behandlung auch komplizierter, weil mit den Lasten der schwierigen Vergangenheit befrachteter Probleme inzwischen möglich ist. Der Wille zur Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg ist bei den beteiligten Forscherinnen und Forschern groß.

Ein Teilnehmer bezeichnete die Konferenz als „Warmlaufphase“, der weitere Initiativen folgen müßten. Weil die Beratergruppe, die im Anschluß an die Konferenz deren Ergebnisse intensiv diskutierte, sich insbesondere die gezielte Förderung junger „autochthoner“ Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Aufgabe gemacht hat, wurde beschlossen, Ende Januar 2001 zu einer zweiten Konferenz nach Gallneukirchen bei Linz (Österreich) einzuladen, bei der speziell die Phase der Errichtung der kommunistischen Diktatur in den Staaten des östlichen Europas, deren Auswirkungen auf die protestantischen Kirchen und die Reaktionen der Kirchen auf den gesellschaftlichen Umsturz vergleichend untersucht werden sollen.

Prof. Dr. Peter Maser

„Zehn Jahre danach ... Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft“. Wissenschaftliches Kolloquium vom 28. bis 29.10.1999 in Leipzig

In den letzten Oktobertagen dieses Jahres luden die Theologische Fakultät der Universität Leipzig und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte zu einer Tagung nach Leipzig ein, in deren Mittelpunkt das Nachdenken über die Verantwortung von Kirche und Theologie in der Gesellschaft stand. Besonderer Anlaß, nicht aber alleiniges Thema des Kolloquiums war die friedliche Revolution von 1989, die sich in diesem Herbst zum zehnten Male jährte. In den Vorträgen und Diskussionen der Tagung, die bis auf Dr. Jürgen Schmudes Referat im Gebäude der Theologischen Fakultät stattfanden, wurden sowohl Fragen themenspezifischer Natur erörtert, als auch grundsätzliche Probleme von Geschichte und Gesellschaft aufgegriffen.

Das die Tagung einleitende und ganz im Horizont der auf Maurice Halbwachs und Aby Warburg zurückgehenden Gedächtnisforschung stehende Referat von **Prof. Dr. Kurt Nowak** (Leipzig) zur „*Konstruktion der Vergangenheit – Der Gedächtnisort ,1989‘*“ ersetzte im Hinblick auf das Ereignisdatum 1989 das vertraute Verfahren der Zeitgeschichte durch eine Reflexion über Gedächtnis und Geschichte und warf damit Fragen nach dem Zusammenhang und der Differenz von kommunikativem und kulturellem Gedächtnis und Zeitgeschichtsschreibung auf. Das Gedächtnis, so der Referent, sei ein Absolutes, die Geschichte dagegen kenne nur das Relative; die Memoria erfordere Verbindlichkeit – und sei dadurch auch kein fremdes Thema für Theologie und Kirche –, während die Geschichte einem Pluralismus der Lesarten unterliege. Im Blick auf die gelebte Geschichte der DDR stehe die kommunikative Gedächtniskultur in einem Spannungsfeld von Permissivität und Restriktivität; die kulturelle Memoria tendiere dazu, den „Gedächtnisort 1989“ zur „Lichtstunde der Freiheit“ zu erheben, ein Umstand, der die Problematik des rechten Maßes me-

morialer Haltung aufwerfe. Die theologische Arbeit an den ethischen und kulturpraktischen Aspekten des „Gedächtnisortes 1989“ habe allerdings noch kaum begonnen. Der Referent plädierte für die Zulassung jeder individuellen Erinnerung, da eine Ächtung bestimmter Teile von ihr zu einer Verdrängung in den kulturellen Untergrund führe und betonte, daß das kollektive Gedächtnis nicht auf Schlagworte reduziert, sondern lebendig erhalten werden müsse. Für Kirche und Theologie wurde im Referat eine verstärkte Verantwortung für und aktivere Teilhabe an der historiographischen Kultur und memorialen Politik in der deutschen Gesellschaft angemahnt.

Eine dezidiert politische Themenstellung bot **Dr. Friedemann Stengel** (Halle) in seinem datengesättigten Vortrag zur „*Rolle der Theologischen Fakultäten in der DDR zwischen 1980 und 1990*“, der die Grundlinien der Staatspolitik gegenüber den „Sektionen Theologie“, die Zusammensetzung und politische Orientierung innerhalb der Lehrkörper und der jeweiligen Studentenschaft sowie die politischen Konfliktfelder an den Sektionen darstellte. Das Referat verdeutlichte das Problem einer ausgewogenen Darstellung der Situation an den Sektionen Theologie, das in der Spannung zwischen dem präsentierten Außenbild und fakultätsinternen Divergenzen bestand. So äußerten sich z.B. Universitätstheologen zwar öffentlich kaum kritisch zur politischen Lage der DDR, die Bereitschaft zur Akklamation war aber durchaus sehr verschieden ausgeprägt. Ebenso ambivalent dimensioniert gestaltete sich die Mitarbeit von Dozenten in staatlichen und staatstragenden Organisationen, besonders dem MfS. Die politischen Konflikte an den Sektionen, die sich besonders an Fragen zur Wahlbeteiligung, der Teilnahme an militärischen Übungen im Rahmen des Studiums, der FDJ-Arbeit und öffentlichen Protesten oder Petitionen entzündeten, seien Spiegelbild des Basiskonfliktes zwischen oppositionellen Gruppen, Kirchen und Staat in den 80er Jahren, konstatierte Stengel. Die Reaktionen der Hochschullehrer auf oppositionelle studentische Aktivitäten – der Referent erörterte besonders die Taktiken des Ignorierens, Bagatellisierens, Solidarisierens, Reglementierens und Theologisierens – zielten auf ein Austarieren der Kontroversen zwischen Studentenschaft und Staat ab. Stengel resümierte, daß es dem SED-Staat nicht gelungen sei, in seinem Sinne die universitäre Theologie in der DDR inhaltlich zu gestalten: im Panorama der ostdeutschen Geisteswissenschaften habe die Theologie Alternativcharakter gehabt.

Der öffentliche Abendvortrag von **Dr. Jürgen Schmude** (Moers) „*Unser Glaube mischt sich ein – Demokratie als Angebot und Aufgabe*“ in der Aula der Alten Nikolaischule wurde durch ein *Grußwort des Prorektors der Universität Leipzig, Prof. Dr. Christoph Kähler*, eröffnet. In seinem Referat reflektierte der Bundesminister a.D. und Präses der Synode der EKD über die Demokratiebeteiligung evangelischer Christen in diesem Jahrhundert und zeigte eine Genese des Zusammenschreitens von Kirche und demokratischem Staat im westlichen Deutschland seit 1945 auf. Ein Meilenstein dieser Entwicklung sei die 1985 veröffentlichte Demokratie-Denkschrift der EKD gewesen. In der DDR wären die Ansätze zur Demokratie zwar staatlicherseits unterdrückt worden, die Kirche im Osten als der einzige demokratische Sektor habe aber stets für die Mündigkeit der Bürger, für mehr Mitbestimmung in politischen Fragen und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, d.h. für demokratische Grundsätze, votiert. Damit stelle sich die Frage, ob es wirklich nur westliche Vorstellungen seien, die die heute auch im Osten Deutschlands geltende Demokratie geprägt haben. Schmudes Plädoyer für eine größere Beteiligung von Christen an der Demokratie – u.a. auf der Prämisse basierend, daß durch diese Staatsform keine Unterdrückung oder Vereinnahmung der Verkündigung des Evangeliums drohe und der Kirche in der Demokratie Handlungsspielräume wie nie zuvor offenstünden – ging einher mit der Überlegung, daß es keine akzeptable Lösung sei, den demokratischen Staat selbst in Frage zu stellen, es aber sehr wohl Alternativen zur Politik, zu politischen Konzepten und zur

Arbeit der Parteien gäbe. Die Demokratie biete die Möglichkeit, den westdeutsch geprägten Rechtsstaat von heute zu verbessern.

Das „berichtende Referat“ von **Landesbischof i.R. D. Dr. Johannes Hempel** (Dresden) über „*Das begrenzte politische Mandat der Kirchen – Überlegungen zur Bedeutung und Tragfähigkeit einer theologischen und kirchenpolitischen Option*“ führte zur Frage der Zeitzeugenschaft in der Geschichtsschreibung. Der Referent sprach über das politische Mandat der Kirche, wie er es in der DDR wahrgenommen hat, nämlich als Begrenzung des gesellschaftsethisch relevanten Handelns der Kirche in Verbindung mit einer Konzentration auf biblische Inhalte. Angesichts einer feindseligen politischen Umwelt gelte es für die Kirche, speziell für ihre Leitungsgruppen, ihren Glauben zu stärken und die Verbreitung des Evangeliums als die wichtigste Aufgabe anzusehen. Das begrenzte politische Mandat der Kirche, so der Referent, sei Abwehr einer falsch verstandenen „Zwei-Regimenten-Lehre“. Im folgenden ging Hempel auf die „permanente Dauerbeschäftigung“ kirchlicher Leitungsträger in der DDR ein: Konfliktlösungen im Alltag und „dauernder Grabenkrieg“ mit staatlichen Vertretern. Die Versöhnungsarbeit gegenüber der seitens der DDR-Regierung als feindlich eingestuften Länder und die Predigt von Hoffnung und christlichem „Dennoch“ hätten eine bedeutsame Rolle im Wirken der Kirche in der DDR gespielt. Den Schluß des Referates bildeten Überlegungen zum begrenzten politischen Mandat der Kirche angesichts der Hauptprobleme der Zukunft, die Hempel im gleichzeitigen Anwachsen von Weltbevölkerung und Weltarmut sieht. Die Rede von einem begrenzten politischen Mandat könne in einer solchen Situation ihren positiven Sinn verlieren und die Grenzen kirchlicher und christlicher Kompetenz stärker in den Blick rücken.

Interessante Anfragen an Dr. Schmudes Ausführungen zur Demokratie stellte das letzte Referat der Tagung, „*Kirche mitten im Geschehen, vor und während der Wende – eine ungarische Sicht*“ vom kirchenpolitischen Berater des ungarischen Ministerpräsidenten, **Pfarrer Zoltan Balog** (Budapest). Balog schilderte im Hauptteil seines Vortrages den Weg hin zur „Wende“ in seinem Heimatland in den 80er Jahren und kristallisierte die Unterschiede kirchenpolitischen Handelns in Ungarn und der DDR unter den jeweiligen sozialistischen Regierungen heraus. So wurde z.B. der fehlende Kontakt oppositioneller Gruppen zur evangelischen Kirche in Ungarn erläutert bzw. deren Solidarität mit der Opposition, die im Gegensatz dazu in der DDR stark ausgeprägt war sowie das Fehlen der DDR-typischen Umwelt- und Friedensgruppen in Ungarn und die besondere Lage der universitären Theologie in der DDR, die durch die Existenz der relativ staatspolitisch resistenten Theologischen Seminare eine andere Machtposition gegenüber dem Staat inne hatte als in Ungarn. Der Referent charakterisierte die Funktion der ungarischen Kirche als eine „bewahrende“. Die von der Kirche verkörperte „zweite Öffentlichkeit“ sei eine „Ghettoöffentlichkeit“ mit nur kleinem Zugang gewesen. Im weiteren umriß er in seinen Ausführungen grundsätzliche Probleme der heutigen Zivilgesellschaft, in der es nicht mehr „die“ Öffentlichkeit oder „die“ Demokratie gäbe, sondern eine Vielzahl differenzierter Akteure und Handlungsgruppen – eine Situation, die einen grundsätzlichen Wandel seit 1989 anzeige. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen plädierte Balog für ein gesundes Mißtrauen gegenüber dem Staat und betonte, man dürfe mit der Ereignisgeschichte nicht die neoliberale Marktwirtschaft unterstützen.

Das Kolloquium wurde am Freitagmittag durch den Dekan der Theologischen Fakultät Leipzig, Prof. Dr. Dr. Nowak, mit einigen Überlegungen zur Frage „Wem gehört die Geschichte?“ beendet.

Eine Drucklegung der Tagungsbeiträge unter dem Titel „Zehn Jahre danach. Die Verantwortung von Theologie und Kirche in der Gesellschaft (1989–1999)“ ist für das Frühjahr 2000 in der Evangelischen Verlagsanstalt Leipzig geplant.

Gisa Bauer (Leipzig) *gen in der Reihe „Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte“*

Erschienen sind:

FRITZ, HARTMUT: Otto Dibelius in der Zeit zwischen Monarchie und Diktatur. Mit einer Bibliographie der Veröffentlichungen von Otto Dibelius (AKZG Reihe B: Darstellungen, 27). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

WEILING, CHRISTOPH: Die „Christlich-deutsche Bewegung“. Eine Studie zum konservativen Protestantismus in der Weimarer Republik (AKZG Reihe B: Darstellungen, 28). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

BOOKHAGEN, RAINER: Die evangelische Kinderfliege und die Innere Mission in der Zeit des Nationalsozialismus. Mobilisierung der Gemeinden. Bd. 1: 1933 bis 1937 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 29). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1998.

ROGGELEIN, HOLGER: Franz Hildebrandt. Ein lutherischer Dissenter im Kirchenkampf und Exil (AKZG Reihe B: Darstellungen, 31). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Zuletzt erschienen:

BEHR, PETER: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchenratskongressarbeit in Sachsen im Kontext der SED-Kirchenpolitik 1968–1975 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 32). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Die Frage nach der Zukunft der Kirche stellte sich in der DDR angesichts der staatlich geförderten Entkirchlichung breiter Bevölkerungsschichten mit besonderer Dringlichkeit. In Sachsen widmete sich die evangelische Kirchenratskongressarbeit dieser Frage konzentriert, basisbezogen und mit Engagement. Auf den seit 1968 regelmäßig durchgeführten Kirchenratskongressen kamen Gemeindeglieder unterschiedlicher Herkunft miteinander ins Gespräch, tauschten Erfahrungen aus und entwickelten Konzepte, wie ihre „sozialistische“ Umwelt als Herausforderung und Aufgabe für die christliche Gemeinde begriffen und als Chance für missionarisches Handeln wahrgenommen werden könnte. Diese Arbeit wurde damit zu einem nicht unwesentlichen Erfolgsfaktor in dem von der SED angestrebten Aufbau einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“.

STROMMION, ANNE: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1983 bis 1987 (AKZG Reihe B: Darstellungen, 33). Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999.

Kirche und Staat in der DDR waren sich über die Notwendigkeit, einen Beitrag zur globalen Friedenssicherung zu leisten, einig. Dissens gemeinsamen Nenner entsprach das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“.

Warum gerade dieses Symbol in Verbindung mit der Forderung der evangelischen Kirchen nach Friedenserziehung einen der schwersten Staat-Kirche-Konflikte provozierte, wird hier analysiert. Dabei werden zahlreiche Aussagen von Zeitzeugen erwidert und am Beispiel von zwei konkreten Einzelfällen die Auswirkungen des unerbilligten staatlichen Vorgehens gegen die Träger des Auftrages mit dem Symbol dargestellt.